«Loverboys» beschäftigen das Parlament

Sexuelle Ausbeutung Erziehungsdepartement soll gegen Lockvogel-Fallen vorgehen.

Loverboys manipulieren gezielt die Gefühlswelt junger Menschen. Dies, um sie sexuell auszubeuten. Das beschäftigt zurzeit die Basler Politik. In einem überparteilich unterzeichneten Anzug an das Erziehungsdepartement Basel-Stadt (ED) fordert der EVP-Grossrat Thomas Widmer-Huber die Verwaltung auf, Lehrpersonen und Eltern diese besonders perfide Ausprägung von sexueller Ausbeutung bewusst zu machen.

«Loverboys werden zwar langsam zum Thema, sind aber noch viel zu wenig im Bewusstsein der Bevölkerung», sagt Widmer. «Es reicht nicht, wenn nur zehn Prozent der jungen Menschen davon wissen.» Ziel sei, dass alle Minderjährigen über dieses schwerwiegende Problem Bescheid wüssten.

Widmer, der auch als Spitalpfarrer amtet, ist es ein Anliegen, besonders verwundbare Personen zu schützen. Loverboys zielen mit ihrer Taktik geflissentlich auf Verletzliche ab. Ihre Opfer, meist junge Frauen zwischen 12 und 18 Jahren, finden sie zusehends in sozialen Medien. Anfänglich machen sie Komplimente, später gaukeln sie ihnen die grosse Liebe vor.

Gezielt arbeiten sie darauf hin, dass sich die Mädchen vom gewohnten Umfeld abschotten und ihnen hörig werden. Durch diese emotionale Abhängigkeit können die Loverboys die Mädchen Schritt für Schritt in die Prostitution führen oder pornografisches Material von ihnen herstellen. Loverboys sind Zuhälter und Menschenhändler, weil sie sich an ihren Opfern bereichern.

Widmer sieht sich auch durch einen Fall in Riehen aus dem Umfeld einer ihm bekannten Frau dazu bewogen, sich gegen die sexuelle Ausbeutung durch Loverboys zu engagieren. Konkret fordert sein Anzug die Behörden auf, Eltern und Lehrer mittels Schulungen unter Mitwirkung von Polizei und Fachstellen zu sensibilisieren.

Faktenblatt gewünscht

Des Weiteren soll ein Faktenblatt zur Thematik erstellt werden. «Im Kanton Bern ist das zum Beispiel bereits geschehen», erklärt Widmer, weshalb er gerade jetzt den Anzug eingereicht hat. Im Juni 2019 veröffentlichte die Bernische Erziehungsdirektion ein Informationsblatt für Schulleitungen, Lehr- und Fachpersonen, das Verhaltensmerkmale von Jugendlichen zusammenträgt, die Hinweise auf eine Opferschaft geben.

Wie im Berner Faktenblatt sollen die in Basel mit der Thematik vertrauten Fachstellen aufgeführt werden. Ferner fordert der Anzug, dass Nichtregierungsorganisationen über die bereitstehende finanzielle Unterstützung durch das Bundesamt für Polizei (Fedpol) informiert werden. «Basis für Finanzierungsgesuche» sei die Verordnung gegen Menschenhandel, heisst es im Anzug.

Vergangene Woche machte der Informationsbus von «Schweiz gegen Menschenhandel» in Liestal halt. Auch die gesamtschweizerische Aufklärungskampagne richtet dieses Jahr den Fokus auf die Loverboy-Masche als spezifische Form des Menschenhandels. In Basel sind dieses Jahr gemäss der Meldestelle für Menschenhandel, Act212, vier Fälle von Menschenhandel bekannt. Widmer wünscht sich. dass die Grundsätze der nationalen Strategie auf die kantonale Ebene heruntergebrochen werden.

Oliver Braams